

**GESELLSCHAFTSVERTRAG
DER
STADTWERKE GROßALMERODE GMBH & CO. KG**

**§ 1
FIRMA, SITZ**

(1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG

(2) Sitz der Gesellschaft ist Großalmerode.

§ 2

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, der Industrie und des Gewerbes im Stadtgebiet der Stadt Großalmerode mit leitungsgebundener Energie einschließlich der Errichtung, Unterhaltung und des Betriebes aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen (Netzbetrieb).
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, einrichten oder pachten.

§ 3

DAUER DER GESELLSCHAFT

- (1) Die Gesellschaft beginnt mit ihrer Eintragung in das Handelsregister. Vorher dürfen keine Geschäfte namens der Gesellschaft getätigt werden.
- (2) Die Gesellschaft ist auf unbegrenzte Zeit eingerichtet.

§ 4

GESCHÄFTSJAHR

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tage der Errichtung und endet am 31. Dezember des gleichen Jahres.

§ 5

GESELLSCHAFTSKAPITAL, GESELLSCHAFTER

- (1) Das Gesellschaftskapital der Gesellschaft beträgt € 125.000,00 (in Worten: Euro einhundertfünfundzwanzigtausend).
- (2) An der Gesellschaft sind beteiligt:

- a. als alleinige persönlich haftende Gesellschafterin:

Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH mit Sitz in Großalmerode

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt und leistet keine Einlage. Sie hält demzufolge keinen Kapitalanteil.

- b. als Kommanditisten:

Stadt Großalmerode mit einer Kommanditeinlage von € 63.750,00 (in Worten: Euro dreiundsechzigtausendsiebenhundertfünfzig)

Städtische Werke Aktiengesellschaft Kassel mit Sitz in Kassel mit einer Kommanditeinlage von € 61.250,00 (in Worten: Euro einundsechzigtausendzweihundertfünfzig)

- (3) Die Kommanditisten erbringen ihre Kommanditeinlage durch Geldeinlagen bei Abschluss des Gesellschaftsvertrages. Die Kapitalanteile sind fest; sie können nur durch Änderung des Gesellschaftsvertrages geändert werden. Sie bilden zusammen das Festkapital der Gesellschaft im Sinne dieses Vertrages.
- (4) Die Kommanditeinlage des Kommanditisten ist als seine Haftsummen in das Handelsregister einzutragen.

§ 6

GESELLSCHAFTERKONTEN

- (1) Für jeden Gesellschafter werden ein Kapitalkonto, ein gemeinsames Rücklagenkonto, ein Verlustvortragskonto und ein Verrechnungskonto geführt.
- (2) Auf dem Kapitalkonto wird die Kommanditeinlage des Gesellschafters gebucht. Die Kapitalkonten sind unverzinslich. Sie werden als im Verhältnis zueinander unveränderliche Festkonten geführt und sind maßgebend für das Stimmrecht der Gesellschafter und die Ergebnisverwendung, soweit dieser Gesellschaftsvertrag nicht abweichendes regelt.
- (3) Dem gemeinsamen Rücklagenkonto werden die diesem durch Gesellschafterbeschluss zugewiesenen Teile des Gewinns gutgeschrieben sowie Zuzahlungen des Gesellschafters gebucht, die keine Einlagen i.S.v. § 5 dieses Vertrages darstellen. An dem Konto sind die Kommanditisten stets im Verhältnis ihrer Festkapitalanteile beteiligt. Das Konto ist unverzinslich. Die Gesellschafter können einstimmig beschließen, dass ein Guthaben auf dem Rücklagenkonto ganz oder teilweise aufgelöst und auf die Verrechnungskonten der Kommanditisten im Verhältnis ihrer Kapitalanteile umgebucht wird, soweit es nicht zum Ausgleich von Verlustvorträgen benötigt wird.
- (4) Auf dem Verlustvortragskonto werden für jeden Gesellschafter etwaige Verlustanteile und Gewinne bis zum Ausgleich des Verlustvortragskontos gebucht. Die Gesellschafter sind nicht verpflichtet, zum Ausgleich dieses Kontos Einzahlungen zu leisten. Die Verlustvortragskonten sind unverzinslich. Spätere Gewinnanteile sind diesen Konten so lange gut zu bringen, bis diese Verlustvortragskonten wieder ausgeglichen sind. Die Gesellschafter können einstimmig beschließen, dass zur vollständigen und teilweisen Beseitigung eines Verlustes entsprechende Beträge vom gemeinsamen Rücklagenkonto auf die Verlustvortragskonten der Kommanditisten im Verhältnis der Kapitalanteile umgebucht werden.

- (5) Auf dem Verrechnungskonto werden die entnahmefähigen Gewinnanteile, Entnahmen, Zinsen, der Ausgaben- und Aufwendungsersatz, die Vorabvergütung sowie der sonstige Zahlungsverkehr zwischen der Gesellschaft und dem Gesellschafter gebucht. Das jeweilige Verrechnungskonto soll im Haben und im Soll mit dem zu Beginn des Geschäftsjahres geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB valutagerecht verzinst werden. Die Zinsen gelten im Verhältnis der Gesellschafter zueinander als Aufwand und Ertrag.

§ 7

VERFÜGUNGEN VON GESELLSCHAFTSANTEILEN

- (1) Jede Verfügung über Gesellschaftsanteile oder Teile von Gesellschaftsanteilen, insbesondere die Abtretung, Verpfändung oder sonstige Belastung, bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung aller Gesellschafter. Dies gilt auch für alle Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz, wodurch der Gesellschaftsanteil von einem Gesellschafter auf einen Rechtsnachfolger, gleichgültig ob im Rahmen der Gesamt- oder Einzelrechtsnachfolge, übergeht (z.B. Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel, Vermögensübertragung) übergeht.
- (2) Eine Zustimmung zu Verfügungen zugunsten mit dem verfügenden Gesellschafter verbundener Unternehmen (d.h. eine der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH nachgeordnete Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff AktG) ist nicht erforderlich. In diesem Fall ist vertraglich sicher zu stellen, dass der Anteil auf den veräußernden Gesellschafter zurückfällt, wenn der Erwerber nicht mehr mit ihm i.S.v. § 15 ff. AktG verbunden ist. Die Abtretung ist entsprechend bedingt vorzunehmen.
- (3) Will ein Gesellschafter seine Gesellschaftsanteile ganz oder teilweise veräußern, hat er sie zunächst dem anderen Gesellschafter anzubieten. Das Angebot erfolgt schriftlich gegenüber dem anderen Gesellschafter unter Nennung des Erwerbers. Die Gesellschaft erhält das Angebot zur Kenntnis. Der andere Gesellschafter kann das Angebot innerhalb von sechs Monaten nach dessen Zugang schriftlich annehmen. Einigen sich die Parteien nicht auf einen Kaufpreis, ist der der zu übertragenden Beteiligung anteilig entsprechende Ertragswert maßgeblich. Der Ertragswert ist der Wert, der sich nach den allgemeinen Grundsätzen ordnungsgemäßer Unternehmensbewertung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW S 1) in der jeweils gültigen Fassung ergibt. Können sich die Gesellschafter nicht über die Höhe des Ertragswertes einigen, so ist zu seiner verbindlichen Ermittlung eine - erforderlichenfalls durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zu bestimmende - Wirtschafts-

prüfungsgesellschaft zu beauftragen. Die Kosten für die Erstellung des Wertgutachtens tragen die beiden Gesellschafter je zur Hälfte.

- (4) Hat der andere Gesellschafter das Angebot nicht innerhalb von sechs Monaten nach dessen Zugang angenommen ist der Gesellschafter zur Zustimmung verpflichtet, es sei denn, es liegt ein bedeutender, in der Person des Erwerbers liegender Grund vor. Dieses ist der Fall, soweit die Person die erforderliche Zuverlässigkeit in der Verfolgung der grundsätzlichen Ziele (Rekommunalisierung der Energieversorgung, Partnerschaft auf Augenhöhe) aus der Sicht des anderen Gesellschafters nicht bietet.
- (5) Die Gesellschafter verpflichten sich, eine Übertragung von Gesellschaftsanteilen erst vorzunehmen, wenn der neue Gesellschafter die Rechte und Pflichten aus dem Konsortialvertrag uneingeschränkt übernommen hat.

§ 8

GESELLSCHAFTSORGANE

Die Organe der Gesellschaft sind

- a. die Geschäftsführung,
- b. der Aufsichtsrat und
- c. die Gesellschafterversammlung.

§ 9

GESCHÄFTSFÜHRUNG, VERTRETUNG

- (1) Zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft ist alleine die persönlich haftende Gesellschafterin berechtigt und verpflichtet.
- (2) Die persönlich haftende Gesellschafterin und ihre Geschäftsführer sind für Rechtsgeschäfte zwischen der persönlich haftenden Gesellschafterin und der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
- (3) Das Widerspruchsrecht der Kommanditisten nach § 164 HGB ist ausgeschlossen.
- (4) Jedem Kommanditisten steht ein Auskunfts- und Einsichtsrecht entsprechend § 51 a GmbHG zu.

§ 10

AUFGABEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

- (1) Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates, dieses Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, die vom Aufsichtsrat erlassen wird, soweit sich aus § 11 dieses Vertrages sich nichts andere ergibt.
- (2) Die Geschäftsführung hat bei der Umsetzung des Gegenstandes gemäß § 2 die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.
- (3) Die Aufgaben der Geschäftsführung im Einzelnen sowie die Geschäftsverteilung bestimmen sich nach der vom Aufsichtsrat zu erlassenden Geschäftsordnung.
- (4) Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten und in den Sitzungen des Aufsichtsrates sowie in der Gesellschafterversammlung Auskünfte zu erteilen.

§ 11

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND VERTRETUNG DURCH KOMMANDITISTEN

- (1) Hinsichtlich aller Geschäftsanteile an der persönlich haftenden Gesellschafterin, die alleine der Gesellschaft gehören, werden die Gesellschafterrechte der Gesellschaft nur durch die Kommanditisten geschäftsführend ausgeübt. Im Rahmen dieser Geschäftsführungsbefugnis ist jeder Kommanditist einzeln zur Vertretung der Gesellschaft bevollmächtigt; die Vollmacht kann nur aus wichtigem Grund widerrufen werden. Die persönlich haftende Gesellschafterin verpflichtet sich, insoweit von ihrer Vertretungsbefugnis nur nach Weisung der Kommanditisten Gebrauch zu machen.
- (2) Die Kommanditisten üben ihre Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnisse in der Weise aus, dass sie über die zu treffende Maßnahme Beschluss fassen und anschließend der von ihnen bestimmte Kommanditist die beschlossene Maßnahme namens der Gesellschaft unter Wahrung der vorgeschriebenen Form ausführt.

- (3) Die Beschlüsse der Kommanditisten werden in Kommanditistenversammlungen am Sitz der Gesellschaft gefasst, falls nicht alle Kommanditisten mit einer Beschlussfassung in anderer Form oder an einem anderen Ort einverstanden sind. Für die Einberufung der Kommanditistenversammlung gilt § 16 Abs. (3) dieses Vertrages entsprechend.
- (4) Die Kommanditversammlung beschließt über alle der Gesellschafterversammlung der Komplementärin zugewiesenen Angelegenheiten, insbesondere über:
- a. Feststellung des Jahresabschlusses der persönlich haftenden Gesellschafterin und Gewinnverwendung,
 - b. Änderung des Gesellschaftsvertrages der persönlich haftenden Gesellschafterin , insbesondere Änderungen des Unternehmensgegenstandes, Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
 - c. Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer der persönlich haftenden Gesellschafterin,
 - d. Abschluss und Änderung von Anstellungsverträgen zwischen der persönlich haftende Gesellschafterin und dem / den Geschäftsführer(n),
 - e. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegenüber dem / den Geschäftsführer(n),
 - f. Weisung an die Geschäftsführung der persönlich haftenden Gesellschafterin,
 - g. Entlastung der Geschäftsführung der persönlich haftenden Gesellschafterin,
 - h. Wahl des Abschlussprüfers der persönlich haftenden Gesellschafterin.
- (5) Beschlüsse der Kommanditisten bedürfen der Einstimmigkeit.
- (6) Jede € 50,00 eines Kapitalanteils gewähren eine Stimme. Jeder Kommanditist kann sich bei der Beschlussfassung durch einen anderen Kommanditisten vertreten lassen. Ein Kommanditist, welcher aufgrund der Beschlussfassung entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll, hat hierbei kein Stimmrecht und darf ein solches auch nicht für andere ausüben. Dasselbe gilt von einer Beschlussfassung, welche die Vornahme eines Rechtsgeschäfts oder die Einleitung eines Rechtsstreits gegenüber dem Kommanditisten betrifft.

- (7) Ein Kommanditist, der selbst oder dessen Privatgläubiger das Gesellschaftsverhältnis gekündigt hat, ist zur Geschäftsführung und Vertretung nicht mehr befugt.

§ 12

ZUSAMMENSETZUNG DES AUFSICHTSRATES

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern; die jeweilige Bürgermeisterin oder der jeweilige Bürgermeister der Stadt Großalmerode sowie zwei von der Stadt Großalmerode und drei von der Städtische Werke Aktiengesellschaft Kassel entsandten Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder können jederzeit abberufen werden. Zur Abberufung ist alleine der entsendende Gesellschafter befugt. Die Abberufung darf nur erfolgen, wenn gleichzeitig ein neues Mitglied in den Aufsichtsrat entsandt wird.
- (2) Die Entsendung der Mitglieder erfolgt auf unbestimmte Zeit. Für die kommunalen Vertreter im Aufsichtsrat gilt § 125 Abs. 1 HGO.
- (3) Jedes Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist niederlegen.
- (4) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied aus, so entsendet der betreffende Gesellschafter für die Restdauer der Amtszeit einen Nachfolger.
- (5) Die Vorschriften des Aktiengesetzes finden für den Aufsichtsrat keine Anwendung, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

§ 13

VORSITZ, EINBERUFUNG, BESCHLUSSFASSUNG

- (1) Der Aufsichtsratsvorsitzende ist die jeweilige Bürgermeisterin oder der jeweilige Bürgermeister der Stadt Großalmerode. Er wird nach den Vorgaben der HGO durch seinen Vertreter im Amt auch im Aufsichtsrat vertreten. Dessen ungeachtet steht der Städtische Werke AG zu, einen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden zu benennen.
- (2) Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden vom Vorsitzenden, oder im Falle seiner Verhinderung, von seinem Stellvertreter unter der Bezeichnung *"Aufsichtsrat der Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG"* abgegeben.
- (3) Der Vorsitzende, oder im Falle seiner Verhinderung, der Stellvertreter beruft den Aufsichtsrat ein, so oft es die Geschäfte erfordern, oder wenn es von einem

- Geschäftsführer oder mindestens der Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder unter Angabe der Gründe beantragt wird; mindestens jedoch einmal im Kalenderhalbjahr.
- (4) Der Aufsichtsrat ist schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einzuberufen. In dringenden Fällen können eine andere Form und eine kürzere Frist gewählt werden.
 - (5) Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil, sofern der Aufsichtsrat nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt.
 - (6) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Die neue Sitzung muss innerhalb von zwei Monaten abgehalten werden. Bei dieser Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung auf jeden Fall beschlussfähig ist. Diese Einladung ist mit einem Empfangsbekanntnis zu versenden.
 - (7) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit sich aus dem Gesetz und diesem Gesellschaftsvertrag nichts anderes ergibt. Jedes Mitglied hat eine Stimme; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme.
 - (8) In eiligen Angelegenheiten können nach dem Ermessen des Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung seines Stellvertreters Beschlüsse durch Einholung schriftlicher, elektronischer oder fernschriftlicher Erklärungen gefasst werden; es sei denn, dass ein Mitglied des Aufsichtsrats dieser Art der Beschlussfassung widerspricht.
 - (9) Über die Sitzungen des Aufsichtsrats sowie über die Beschlüsse nach Abs. (8) ist eine Niederschrift (nur zu Beweis Zwecken) zu fertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen, an die Mitglieder zu versenden und zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen ist.
 - (10) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

§ 14

SITZUNGSGELD

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie der Protokollführer erhalten ein Sitzungsgeld zur pauschalen Abgeltung der ihnen infolge ihrer Aufsichtsratsstätigkeit entstehenden Auslagen. Die Höhe des Sitzungsgeldes wird von der Gesellschafterversammlung festgesetzt.

§ 15

AUFGABEN DES AUFSICHTSRATES

(1) Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführer haben dem Aufsichtsrat gegenüber - unbeschadet ihrer Berichtspflicht nach § 10 Abs. (4) dieses Vertrages - auf Verlangen jederzeit über sämtliche Geschäftsvorgänge uneingeschränkt Auskunft zu erteilen.

(2) Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen die folgenden Geschäftsführungsangelegenheiten:

- a. Feststellung und Änderung des Wirtschafts- und des Finanzplanes,
- b. Abschluss, Änderung und Aufhebung von Konzessionsverträgen,
- c. Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen mit Gesellschaftern und mit verbundenen Unternehmen bzw. deren Gesellschaftern,
- d. Erteilung und Widerruf von Prokuren,
- e. Aufnahme von Darlehen, soweit dies nicht im Finanzplan vorgesehen ist,
- f. Hingabe von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie andere wirtschaftlich gleichbedeutende Rechtsgeschäfte,
- g. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Aufhebung und Änderung von Rechten an Grundstücken,
- h. Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, Verzicht auf Ansprüche und Vornahme von Schenkungen,

- i. Einleitung gerichtlicher oder schiedsgerichtlicher Verfahren von besonderer Bedeutung sowie deren Beendigung durch Rücknahme der Anträge oder Vergleich,
- j. Feststellung des von der Pächterin des Strom- und Gasverteilernetzes aufzustellenden Investitionsplanes.

Der Aufsichtsrat soll in seiner Geschäftsordnung bestimmen, dass Rechtsgeschäfte und Maßnahmen zu einer bestimmten Wertgrenze von dem Zustimmungsvorbehalt befreit werden. Er kann weiterhin durch Beschluss bestimmen, dass weitere Arten von Geschäften oder Einzelgeschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

- (3) Die in § 15 Abs. (2) dieses Vertrages genannten Rechtsgeschäfte und Maßnahmen bedürfen abweichend vom § 13 Abs. (7) dieses Vertrages einer Mehrheit von vier Stimmen des Aufsichtsrates.
- (4) Wenn zustimmungsbedürftige Geschäfte keinen Aufschub dulden und eine unverzügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrates nicht möglich ist, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates (im Verhinderungsfalle seines Stellvertreters) selbstständig handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art ihrer Erledigung sind vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates bzw. seinem Stellvertreter unverzüglich schriftlich niederzulegen und dem Aufsichtsrat in seiner nächsten Sitzung bekannt zu geben.

§ 16

EINBERUFUNG, VORSITZ UND ORT DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

- (1) Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel durch die persönlich haftende Gesellschafterin einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.
- (2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet mindestens einmal jährlich in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres statt, möglichst im ersten Quartal. Die Gesellschafterversammlungen sind so zu terminieren, dass die Gesellschafterversammlung ihre Aufgaben nach § 15 dieses Vertrages erfüllen kann. Die Gesellschafterversammlungen finden in der Regel am Sitz der Gesellschaft statt.
- (3) Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen; bei außerordentlichen Gesellschafterversammlungen beträgt die Frist mindestens eine Woche. Bei Eilbedürftigkeit

kann die Einberufung mit angemessener kürzerer Frist erfolgen. Der Lauf der Frist beginnt mit dem der Aufgabe zur Post folgenden Tag. Der Tag der Versammlung wird bei Berechnung der Frist nicht mitgezählt. Die Einladung kann auf elektronischem Wege versandt werden, wobei die Pflicht der rechtzeitigen Einholung einer Eingangsbestätigung beim Versender liegt. In diesen Fällen beginnt die Frist mit dem der Versendung folgenden Tag.

- (4) Die Gesellschafterversammlung ist einzuberufen, wenn es die Lage der Gesellschaft erfordert, oder ein Gesellschafter dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt und die Gesellschafterversammlung für die Beschlussfassung über den Gegenstand zuständig ist.
- (5) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter. Auf § 13 Abs. 1 wird verwiesen.
- (6) Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt.
- (7) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 60% des gesamten Festkapitals vertreten ist. Andernfalls ist unter Beachtung der Regelung des Abs. (3) unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese ist dann ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig, wenn hierauf in der Einberufung hingewiesen wurde. Diese Einladung ist mit einem Empfangsbekanntnis zu versenden.
- (8) Gesellschafterbeschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsehen.
- (9) Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind. Die Nichteinhaltung der Formvorschriften und der Beschluss hierüber sind zu protokollieren.
- (10) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift (nur zu Beweis Zwecken) anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen und unverzüglich an die Gesellschafter zu versenden ist. Beschlüsse können nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Empfang der Niederschrift durch Klage bei dem für den Sitz der Gesellschaft zuständigen Gericht angefochten werden.

- (11) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten eine Niederschrift zur Kenntnisnahme.
- (12) Beschlüsse der Gesellschafter können ohne Versammlung, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, durch schriftliche, elektronische und fernschriftliche Abstimmung gefasst werden, wenn sich jeder Gesellschafter an der Abstimmung beteiligt.

§ 17

AUFGABEN UND BESCHLUSSFASSUNG DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

- (1) Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen die ihr nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorbehaltenen Fälle, insbesondere aber
- a. die Feststellung des Jahresabschlusses,
 - b. die Verwendung des Jahresergebnisses und der Vortrag oder die Abdeckung von Verlusten,
 - c. die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
 - d. die Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen,
 - e. der Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Teilen von Unternehmen und Beteiligungen,
 - f. die Festsetzung der Vergütung für den Aufsichtsrat,
 - g. die Auflösung der Gesellschaft,
 - h. die Bestellung von Liquidatoren,
 - i. Weisungen an die Geschäftsführung, soweit es sich um Struktur bestimmende Entscheidungen handelt,
 - j. die Wahl und Beauftragung der Abschlussprüfer,
 - k. der Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291,292 AktG,
 - l. der Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Netzpachtverträgen,

- m. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von wesentlichen Teilen desselben,
 - n. die Erteilung der Zustimmung nach § 7 Abs. (1) dieses Vertrages,
 - o. die Erteilung der Zustimmung zur Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.
- (2) Die in § 17 Abs. (1) dieses Vertrages genannten Rechtsgeschäfte und Maßnahmen bedürfen abweichend vom § 16 Abs. (8) dieses Vertrages der Einstimmigkeit.

§ 18 KÜNDIGUNG

Die Gesellschaft kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres von jedem Gesellschafter gekündigt werden, erstmals jedoch zum 31.12.2029. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die Kündigung hat schriftlich gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin zu erfolgen.

§ 19 ENTSCHÄDIGUNG

- (1) Bei Kündigung wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern von den verbleibenden Gesellschaftern unter der bisherigen Firma fortgesetzt. Der betreffende Gesellschafter scheidet aus der Gesellschaft aus. Die Gesellschaft wird aufgelöst, wenn sich die verbleibenden Gesellschafter der Erstkündigung innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Kenntniserlangung von der Erstkündigung dieser anschließen (Anschlusskündigung).
- (2) Der Gesellschafter erhält bei Kündigung eine Entschädigung. Die Entschädigung bemisst sich nach dem Ertragswert seines Gesellschaftsanteiles zum Einziehungstichtag. Der Ertragswert ist der Wert, der sich nach den allgemeinen Grundsätzen ordnungsgemäßer Unternehmensbewertung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW S 1) in der jeweils gültigen Fassung ergibt. Kommt zwischen den Gesellschaftern keine Einigung über den Ertragswert zustande, gilt § 7 Abs. (3) dieses Vertrages entsprechend.
- (3) Etwa gewährte Darlehen bleiben bei der Abfindung außer Betracht. Ein Guthaben auf dem Verrechnungskonto ist dem Gesellschafter unverzüglich nach seinem Ausscheiden auszuführen, ein Schuldsaldo unverzüglich von ihm auszugleichen.

- (4) Die Entschädigung ist in vier gleichen Jahresraten zu zahlen. Sofern die Gesellschafter eine Einigung über den Ertragswert erzielen, ist die erste Jahresrate einen Monat nach dem Zeitpunkt der entsprechenden schriftlichen Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern fällig. Sofern sich die Gesellschafter über den Ertragswert nicht einigen, ist die erste Jahresrate einen Monat nach Vorliegen des Gutachtens fällig. Die Entschädigung ist ab dem Tage der Fälligkeit, auch für die Zeit einer möglichen Stundung, mit einem Zinssatz von 2% p. a. über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB zu verzinsen. Eine vorzeitige Auszahlung der Entschädigung, auch in Teilbeträgen, ist jederzeit zulässig.

§ 20

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPLAN

- (1) Die persönlich haftende Gesellschafterin stellt unter Beachtung sämtlicher gesetzlicher Vorgaben so rechtzeitig die Wirtschafts- und Finanzpläne auf, dass der Aufsichtsrat vor Beginn des Geschäftsjahres ihre Zustimmung erteilen kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan, den Vermögensplan, eine Stellenübersicht und eine fünfjährige Finanzplanung. Wirtschaftsplan und Finanzplanung sind den Gesellschaftern zur Kenntnis zu bringen. Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung sind in der Weise aufzustellen, dass sämtlichen kommunalrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen werden.
- (2) Die persönlich haftende Gesellschafterin unterrichtet den Aufsichtsrat über die Entwicklung des Geschäftsjahres, insbesondere über wesentliche Überschreitungen und Unterschreitungen der Planansätze. Bei wesentlichen Abweichungen ist ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan aufzustellen.

§ 21

JAHRESABSCHLUSS

- (1) Jahresabschluss und Lagebericht sind innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und zu prüfen.
- (2) Die persönlich haftende Gesellschafterin hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Lagebericht dem Aufsichtsrat zur Prüfung und gleichzeitig der Gesellschafterversammlung vorzulegen. Der Bericht des Aufsichtsrats über das Ergebnis seiner Prüfung ist den Gesellschaftern ebenfalls unverzüglich vorzulegen.

- (3) Die Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum Ablauf der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung zu beschließen.
- (4) Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (5) Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ist in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechtes des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz) auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte zu berichten.

§ 22

ERGEBNISVERTEILUNG

- (1) An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile - vorbehaltlich anders lautender Beschlüsse der Gesellschafterversammlung - teil.
- (2) Die Gewinnanteile sind dem Verrechnungskonto der Gesellschafter gutzuschreiben, soweit nicht ein Verlustvortrag besteht. Der um einen bestehenden Verlustvortrag verminderte Jahresüberschuss gilt, vor Ablauf des Geschäftsjahres, mit Ablauf des Geschäftsjahres als den Gesellschaftern zugeflossen und wird den Verrechnungskonten der einzelnen Gesellschafter mit Ablauf des Geschäftsjahres gutgeschrieben.
- (3) Die Gesellschafter können durch einstimmigen Beschluss vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließen, dass ein Teil des Gewinns dem Rücklagekonto zugeschrieben wird.
- (4) Der um einen bestehenden Verlustvortrag erhöhte Jahresfehlbetrag wird mit Ablauf des Geschäftsjahres durch eine Entnahme aus dem Rücklagenkonto ausgeglichen. Soweit der Bestand dieses Rücklagenkontos hierzu nicht ausreicht, ist der verbleibende Jahresfehlbetrag als Verlustvortrag auf dem jeweiligen Kapitalverlustkonto der Kommanditisten vorzutragen.
- (5) Die persönlich haftende Gesellschafterin erhält unabhängig vom Jahresergebnis der Gesellschaft als Haftungsentschädigung jährlich jeweils zum Ende des Geschäftsjahres eine Vorabvergütung in Höhe von 5% ihres eingezahlten Stammkapitals, das zu Beginn des Geschäftsjahres in ihrer Bilanz ausgewiesen ist. Diese Vorabvergütung ist im Verhältnis der Gesellschafter zueinander als Aufwand zu behandeln. Zusätzlich erhält

sie Ersatz aller ihr durch die Geschäftsführertätigkeit entstandenen Aufwendungen einschließlich etwaiger Geschäftsführervergütungen.

- (6) Erhöhungen oder Reduzierungen des Gewerbeertrags der Gesellschaft, welche auf Sonderbetriebseinnahmen oder Sonderbetriebsausgaben eines Kommanditisten oder auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen eines Kommanditisten oder auf Zurechnungen nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG beruhen, treffen im Innenverhältnis der Gesellschaft allein denjenigen Kommanditisten, welcher solche Erhöhungen oder Reduzierungen verursacht hat. Der Gewinn ist vor der Gewinnverteilung entsprechend zu korrigieren, indem die gewerbesteuerliche Erhöhungen oder Reduzierungen des Gewerbeertrags nach vorstehendem Satz 1, multipliziert mit dem im entsprechenden Erhebungszeitraum geltenden Gewerbesteuerhebesatz, dem betroffenen Kommanditisten an- bzw. zuzurechnen sind. Gesellschafter eines Kommanditisten stehen einem Kommanditisten gleich. Die Berechnung erfolgt auf der Basis der Beträge, die der Kommanditist der Gesellschaft gemeldet hat und die Eingang in die Gewerbesteuererklärung der Gesellschaft gefunden haben. Müssen diese Beträge später berichtigt werden, wird im Rahmen der nächsten Gewinn- und Verlustverteilung der dem Kommanditisten zugewiesene Ausgleich entsprechend korrigiert. Eine Verzinsung der Berichtigungsbeträge findet nicht statt.
- (7) Abs. (6) ist auf die Erhöhung oder Reduzierung des Gewerbeertrags der Gesellschaft durch die Veräußerung eines Mitunternehmeranteils oder eines Teils eines Mitunternehmeranteils oder durch die Entnahme aus dem Sonderbetriebsvermögen bzw. durch Veräußerung von Sonderbetriebsvermögen durch einen Kommanditisten entsprechend anzuwenden.

§ 23

ENTNAHMEN

Entnahmen sind nur von den jeweiligen Verrechnungskonten und nur dann zulässig, soweit auf dem jeweiligen Verrechnungskonto durch die Entnahme kein negativer Saldo zum Jahresende steht, die verbleibende Liquidität ausreicht, um auch Entnahmen der übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kommanditeinlagen zueinander bedienen zu können und der Gesellschaft die zum Betrieb erforderliche Liquidität verbleibt.

§ 24

WIRTSCHAFTSGRUNDSÄTZE

Die Erfordernisse des § 121 Abs. 8 HGO sind zu beachten, angemessene Erträge sind zu erwirtschaften.

§ 25

UNTERRICHTUNGS- UND PRÜFUNGSRECHTE

- (1) Unabhängig von der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung räumt die Gesellschaft den Städten Großalmerode und Kassel alle Rechte für die Prüfungen ein, die sich aus den Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und aus dem Gesetz über Grundsätze des Haushaltsrechtes des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz) in der jeweils geltenden Fassung ergeben.
- (2) Die Rechnungsprüfungsämter der Städte Großalmerode und Kassel und der Präsident des Hessischen Rechnungshofes - überörtliche Prüfung - haben die Befugnisse nach § 54 HGrG.

§ 26

SALVATORISCHE KLAUSEL, SCHRIFTFORM

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ungültig sein oder werden, bleibt der Gesellschaftsvertrag mit dem wirksamen Teil in Kraft. Die Gesellschafter sind sich darüber einig, dass solche rechtsunwirksamen Bestimmungen baldmöglichst durch rechtsgültige zu ersetzen sind, die dem beabsichtigten wirtschaftlichen Erfolg möglichst nahe kommen. Entsprechendes gilt, wenn der Vertrag eine Lücke enthält
- (2) Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform, wenn nicht das Gesetz eine andere Form vorschreibt. Das gleiche gilt für die Änderung dieser Schriftformklausel.